

Eskalation der griechischen Schuldenkrise – „'s isch over“?

DIE ENTWICKLUNGEN IN DER GRIECHENLANDKRISE VOM 22.-28. JUNI

Die Griechenlandkrise beherrschte die gesamte Woche über die Diskussionen in Brüssel. Die Europäische Union tat alles Erdenkliche, um angesichts des drohenden griechischen Staatsbankrotts doch noch einen Kompromiss zu finden: inklusive eines Sondergipfels des Rates sowie mehrere Treffen der Finanzminister. Durch die Ankündigung eines Referendums und die gleichzeitige Empfehlung, den Kompromiss mit den Gläubigern abzulehnen, schlug die griechische Regierung am frühen Samstag allerdings die Tür für eine Einigung zu. Die Schuld für das Scheitern der Gespräche liegt allein bei einer zunehmend konfus und dillettantisch agierenden griechischen Regierung.

Hintergrund: Schien sich Griechenland 2014 noch auf dem besten Weg zu befinden die Staatsschuldenkrise zu überwinden, steckt das Land seit der Regierungsübernahme durch die linksradikale SYRIZA im Januar 2015 wieder tief in der Krise. Obwohl die neue Regierung gegen vertragliche Vereinbarungen verstieß und sich lange weigerte mit der Troika zusammenzuarbeiten, stimmte die Eurogruppe am 20. Februar einer viermonatigen Verlängerung des eigentlich Ende Februar auslaufenden zweiten Hilfspakets zu. Die drohende Staatspleite Griechenlands konnte so verhindert werden. Eine Auszahlung der letzten Hilfstranche des Pakets über 7.2 Milliarden Euro wurde indes mit der Bedingung verbunden, dass die Regierung Tsipras belastbare Spar- und Reformzusagen vorlegt. Anstatt ihrer Zusage nachzukommen, zündeten griechische Regierungsvertreter in den folgenden Wochen ein Feuerwerk der Provokationen. Die Vertreter der europäischen Institutionen warteten teils stundenlang auf ihre Gesprächspartner und erhielten tagelang kein Zahlenmaterial. Schließlich antwortete die griechische Seite gar nicht mehr auf die Kon-

taktversuche ihrer internationalen Partner und schickte die Vertreter der Troika einfach nach Hause. In Zeitungskommentaren und in TV-Auftritten verkündeten sie, dass die Schuldenkrise nur noch auf höchster politischer Ebene gelöst werden könne.

Der Ratsgipfel im März stand daher – wie schon der außerplanmäßige Februargipfel – im Schatten der griechischen Schuldenkrise. Nach einer längeren Aussprache zeigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs verhalten optimistisch. Das Vertrauen sei wieder hergestellt worden und es sei allen klar, dass die Vereinbarungen vom 20. Februar weiterhin gelten würden. Die Lösung der Krise sei keine "Chefsache", sondern könne nur innerhalb der Eurogruppe gelöst werden. Die griechische Regierung gelobte auf dem Ratsgipfel abermals, umgehend ihre Spar- und Reformliste vorzulegen. Wie vermutet¹, stellte sich auch diese Zusage als bloßes Lippenbekenntnis heraus. Zwar präsentierte die Regierung Tsipras Ende März eine erste Liste, diese wurde von den Institutionen aber umgehend als "nicht ernstzunehmend" abgelehnt. So wurde beispielsweise eine wundersame Erhöhung der Staatseinnahmen ganz ohne Senkung der Staatsausgaben vorhergesagt. Die Eurogruppe gewährte der griechischen Regierung am 22. April dennoch zwei weitere Monate zur Erstellung einer adäquaten Liste.

Fortschritte gab es in den nächsten acht Wochen keine. Der griechische Premierminister Tsipras reiste stattdessen nach Russland, kritisierte die europäische Sanktionspolitik und einigte sich mit Wladimir Putin auf ein gemeinsames Pipelineprojekt. Zu-

¹ Siehe: KAS-Länderbericht zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 19./20. März: Wirtschaftsgipfel im Schatten altbekannter Krisen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
KAI ZENNER

Juni 2015

www.kas.de/bruessel

dem löste die kommunistische Regierung reihenweise Wahlversprechen ein. So stellte sie beispielsweise ca. 15.000 Mitarbeiter im öffentlichen Dienst wieder ein, obwohl völlig klar war, dass sie diese nicht bezahlen konnte, und wohl auch nicht wollte. Die Folge: Die Zahlen verschlechterten sich massiv. Die Staatsquote stieg, die Schulden auch und die Wirtschaft brach ein. Mitte Juni drohte Griechenland folglich wieder der Staatsbankrott und eine Serie von Krisensitzungen nahm ihren Lauf. Nach Berichten über ernste persönliche Zerwürfnisse zwischen europäischen und griechischen Spitzenpolitikern, der Abreise der Vertreter des Internationalen Währungsfonds "aus Frust mit den Griechen" sowie einer weiterhin fehlenden Reformliste, berief Ratspräsident Donald Tusk für den 22. Juni 2015 – drei Tage vor dem eigentlichen Junigipfel – einen außerplanmäßigen Ratsgipfel ein.

Sondergipfel am 22. Juni: Es ist wichtig klarzustellen, dass Tusk die griechische Schuldenkrise mit diesem Schritt nicht zur "Chefsache" erklärte. Entscheidungen sollten auch weiterhin nur innerhalb der Eurogruppe getroffen werden. Der Sondergipfel stellte vielmehr eine Intervention Tusks zur Erreichung dreier Ziele dar: (1) Senden eines positiven Signals an die Medien sowie die Beteiligten, (2) Veranschaulichung der vorhandenen Positionen und ihrer jeweiligen Konsequenzen, (3) Stärkung des Glaubens an eine gemeinsame Lösung der Krise. Das wenige Stunden vor dem Sondergipfel stattfindende Treffen der Eurogruppe hat die Notwendigkeit dieser Intervention noch einmal unterstrichen. Zwar hatte die griechische Regierung eine neue Liste vorgelegt, diese enthielt aus Sicht von Finanzminister Schäuble aber keine wirklichen Änderungen. Sein finnischer Kollege Alexander Stubb machte schon vor dem Treffen klar, dass er mit sehr geringen Erwartungen nach Brüssel komme und es leid sei, Flugmeilen zu verschwenden. Auf dem Sondergipfel fand die neue Liste griechischer Spar- und Reformzusagen hingegen einen positiveren Anklang und wurde von Kanzlerin Merkel als ein "gewisser Fortschritt" bezeichnet. Ratspräsident Tusk stellte fest, dass ihm alle Parteien in dem vierstündigen Treffen ihre uneingeschränkte Bereitschaft bei der Suche nach einer Lösung zugesichert haben. Die griechischen Vorschläge mussten nun

rasch von den Institutionen geprüft werden, während in der Eurogruppe über die technischen Details verhandelt werden sollte. Die endgültigen Ergebnisse wurden schon beim nächsten Ratsgipfel am Donnerstag erwartet.

Verhandlungen zwischen den Gipfeln: Nach Prüfung der griechischen Vorschläge legten die Institutionen eine eigene Liste notwendiger griechischer Spar- und Reformvorschläge vor. Die Verhandlungen drehten sich somit seit Dienstag um eine Angleichung der – teilweise sehr verschiedenen – Listen. Nach Informationen von Verhandlungsteilnehmern waren sich die griechische Regierung und ihren Gläubigern anfangs allein darin einig, dass das zweite Hilfspaket verlängert werden müsse, um Griechenland vor dem Staatsbankrott zu bewahren. Schon die Dauer der Verlängerung war strittig. Die Regierung Tsipras verlangte ferner den Kauf griechischer Bonds durch den ESM, die Neuzuteilung von für Griechenland bestimmten Geldern des EFSF sowie einen neuerlichen Schuldenschnitt. Die Institutionen lehnten gerade den letzten Punkt kategorisch ab. Weitere Streitpunkte waren: (a) eine griechische Rentenreform, insbesondere hinsichtlich Frührente, Anhebung des Rentenalters, Übergangsfristen sowie dem Beginn der Reformen, (b) die Höhe der Unternehmenssteuer, (c) die Erhöhung der Mehrwertsteuer, insbesondere für das Restaurant- und Hotelgewerbe, (d) die Senkung der Verteidigungsausgaben. Zwar kamen sich beide Seiten mit ihren Forderungen bis Donnerstag deutlich näher, auf ein gemeinsames Papier konnte man sich aber nicht einigen. Die 72-Stunden-Frist vom Sondergipfel am Montag wurde somit nicht erfüllt. Finanzminister Schäuble kritisierte anschließend deutlich, dass immer neue griechische Versionen der Spar- und Reformliste eingereicht worden seien, so dass eine angemessene Gesamtbeurteilung unmöglich gewesen sei. Andere Amtskollegen aus der Eurozone bemängelten die geringe Kompromissbereitschaft Griechenlands sowie das mehrfach aufgetretene Zurückziehen schon gemachter Zusagen.

Ratsgipfel am 25./26. Juni: Die griechische Schuldenkrise wurde direkt nach dem Vier-Präsidenten-Plan als zweiter Tagespunkt des Gipfels am frühen Donnerstagabend bespro-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
KAI ZENNER

Juni 2015

www.kas.de/bruessel

chen. Der Vorsitzende der Eurogruppe, Jeroen Dijsselbloem, stellte die Reformvorschläge der Institutionen vor und berichtete vom aktuellen Stand der Verhandlungen. Über die möglichen Folgen eines Scheiterns der Gespräche wurde entgegen anderslautender Medienberichte bei den anschließenden Diskussionen nicht gesprochen. Die Staats- und Regierungschefs erklärten nach dem Gipfel, dass die Institutionen Griechenland ein letztes, äußerst großzügiges Angebot gemacht hätten. Die griechische Schuldenkrise müsse nun bis spätestens Samstag beim nächsten Treffen der Eurogruppe gelöst werden. Auf die Wichtigkeit der Einhaltung dieses Zeitplans wiesen neben Bundeskanzlerin Merkel auch der italienische Premierminister Matteo Renzi sowie der französische Präsident Francois Hollande in ihren anschließenden Pressekonferenzen hin.

Die Dringlichkeit einer Lösung hing dabei nicht nur mit dem Auslaufen des zweiten Rettungspakets am 30. Juni zusammen, sondern auch mit einer zeitgleich anstehenden Rückzahlungsforderung des Internationalen Währungsfonds über 1,55 Milliarden Euro. Eine griechische Nichtleistung – so die IWF-Vorsitzende Christine Lagarde – würde unmittelbar als Zahlungsausfall bewertet werden. Aufgrund der leeren griechischen Staatskassen blieben für die Abwendung des Staatsbankrotts folglich nur noch vier Tage. Noch am Freitag müssten die Verhandlungen abgeschlossen und ein endgültiges Papier erstellt werden. Am Samstag müssten zunächst die Finanzminister, dann die Staats- und Regierungschefs der Eurozone dem Papier zustimmen. Nach einem positiven Votum des griechischen Parlaments am Sonntag, würden am Montag noch mehrere nationale Parlamente der Eurozone über die Verlängerung des zweiten Hilfspaketes abstimmen. So könnte Griechenland noch am gleichen Tag die letzte Hilfstranche von 7.2 Milliarden Euro ausgezahlt werden. Die Regierung Tsipras wäre am Dienstag in der Lage, fristgerecht die fällige Kreditrate an den Internationalen Währungsfond zu überweisen.

Treffen der Eurogruppe am Samstag: Aufgrund der sich annähernden Verhandlungspositionen war am späten Freitagabend die Stimmung hoffnungsvoll. Politische Be-

obachter erwarteten eine Verlängerung des zweiten Hilfspaketes für Griechenland sowie eine Abwendung des Staatsbankrotts. Diese Hoffnung stellte sich in der Nacht auf Samstag als verfrüht heraus. Der griechische Premierminister Tsipras verkündete nach einer Kabinettsitzung, dass seine Regierung die Vorschläge der Institutionen ablehnte und nun das griechische Volk in einer Volksabstimmung entscheiden sollte, ob es die Sparvorschläge der Institutionen akzeptiere. Zudem warf Tsipras den Institutionen eine andauernde Demütigung und Erpressung Griechenlands vor. Zwecks einer ordentlichen Durchführung des Referendums beantragte seine Regierung eine Verlängerung des zweiten Hilfspaketes um wenige Tage. Die Äußerungen führten parteiübergreifend zu großer Verwunderung. Ratspräsident Tusk kommentierte den Auftritt mit den Worten, dass nicht die Institutionen Druck auf Griechenland ausübten, sondern die zeitlichen Zwänge. Zeit sei ein objektiver Faktor. Parlamentspräsident Schulz nahm vor allem den Kommissionspräsidenten in Schutz: "Die weitgehenden Angebote, die insbesondere Jean-Claude Juncker durchgesetzt hat, als Erniedrigung zu bezeichnen, ist rational nicht mehr nachvollziehbar und höchstens erklärbar als blanke Ideologie".

Die Tagung der Eurogruppe um 14 Uhr begann aufgrund der Ereignisse in einer frostigen Atmosphäre. Aus gut informierten Kreisen war zu hören, dass die Finanzminister außerordentlich genervt wären und nicht nachvollziehen könnten, dass die griechische Regierung schon wieder ohne vorherige Absprache versucht hätte, Fakten zu schaffen. Finanzminister Schäuble sagte schon vor der Sitzung, dass die griechische Regierung mit dem vollzogenen Schritt die Verhandlungen einseitig beendet habe. Folgerichtig lehnte die Eurogruppe eine Verlängerung des zweiten Hilfspaketes über den 30. Juni 2015 hinaus ab. Hiermit verfiel zugleich auch die letzte Hilfstranche über 7.2 Milliarden Euro. Der Vorsitzende der Eurogruppe Dijsselbloem kommentierte im Anschluss, die griechische Regierung hätte die Tür für weitere Verhandlungen selbst zugeschlagen. Die Eurogruppe würde nun ohne den kommunistischen griechischen Vertreter weiterberaten, wie man die Stabilität der Währungszone sichern könne. Auch der luxemburgische Finanzminister Gramegna sah

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
KAI ZENNER

Juni 2015

www.kas.de/bruessel

die Schuld allein in Athen. Die griechische Entscheidung wäre wieder einmal ohne Vorwarnung getroffen worden. Das Vertrauen in die griechische Regierung wäre nun endgültig erschüttert. Dass Tsipras Griechenland darüber hinaus zur Ablehnung eines nicht fertiggestellten Pakets rate, an dem seine Regierung seit sechs Monaten mitgearbeitet hätte, wäre das "dramatischste Element" der Entscheidung. Trotz Gerüchten über ein anstehendes Misstrauensvotum gegen Tsipras, stimmte das griechische Parlament am späten Samstagabend für ein Referendum.

Ausblick und Kommentar:

"Die Tür war für mich geistig immer noch offen, aber mit der Ankündigung eines Referendums hat die griechische Regierung sie zugeschlagen." Der sonst so vorsichtig abwägende niederländische Sozialdemokrat Jeroen Dijsselbloem konnte seine tiefe Enttäuschung über die Entwicklung kaum verbergen. Und er traf damit exakt die Stimmungslage der immer weiter schrumpfenden Brüsseler Kreise, die versuchten, alles, aber auch wirklich alles, zu ermöglichen, damit die griechische Staatsinsolvenz nicht eintritt. Man bog, man dehnte, man schuf Konstrukte, die nirgendwo mehr vorgesehen waren. Allen voran Kommissionspräsident Juncker, EZB-Präsident Mario Draghi und eben Jeroen Dijsselbloem taten alles Menschenmögliche und mehr, um irgendwie eine Lösung zu finden.

Es reichte nicht: Die Schuld liegt allein bei der griechischen Regierung. Nur sie hat den zeitlichen Druck zu verantworten. Sie legte in sechs Monaten lange Zeit gar keine Liste mit Vorschlägen vor und blockierte auch später immer wieder die Verhandlungen. In Brüssel ist man fassungslos, wie amateurhaft und chaotisch die kommunistische griechische Regierung sich verhält. Von Beginn an waren die griechischen Unterhändler völlig unvorbereitet und (so ein hoher Kommissionsbeamter) "nicht im Ansatz finanzpolitisch beleckt". "Es ist so, als verhandelte die Bundesregierung mit dem AstA der Uni Frankfurt." Die linksextreme griechische Regierung reichte in den letzten Tagen stündlich neue Listen ein, die sich widersprachen und fehlerhaft waren.

Jetzt soll ein Referendum einer völlig überforderten Regierung eine schwere Entscheidung abnehmen, die sie sich selber nicht zutraut. Machterhalt auf Kosten einer ganzen Nation. Die griechischen Kommunisten raten im Übrigen zur Ablehnung. Nach Umfragen wollen 57% der Griechen mit "Ja" stimmen. Es wäre sicher eine gute Idee, dann auch mal in anderen europäischen Ländern abstimmen zu lassen, ob Griechenland noch weitere Hilfen gewährt werden sollen. Es gehört nicht viel Fantasie dazu, sich vorzustellen, wie die Ergebnisse in Deutschland, Finnland, Österreich oder den Niederlanden wären. Auch in den Programmländern Spanien, Portugal und Irland wäre die Entscheidung wohl klar. Interessant: Wie schon bei den Ratsgipfeln im Februar und März agierten alle Protagonisten auch dieses Mal wieder geeint. Vor allem das Baltikum (Musterschüler Estlands Durchschnittseinkommen liegt immer noch unter dem griechischen Mindesteinkommen), Portugal, Spanien und Irland waren sehr verärgert und forderten ein wesentlich strikteres Vorgehen.

Die EZB drehte am 28. Juni faktisch den Geldhahn zu. Der Rahmen für die Notfallkredite in Höhe von ca. 90 Milliarden Euro an die griechische Zentralbank wird nicht mehr erhöht. Da dieser dem Vernehmen nach aber bereits ausgeschöpft ist, geht den Geschäftsbanken, die wiederum von der Zentralbank Liquidität erhalten, die Luft aus. Zudem ist am 30. Juni eine 1.7 Milliarden Euro Rückzahlung an den Internationalen Währungsfond fällig. Diese Summe wird nicht fließen. Der IWF wird daher die Zahlungsunfähigkeit des griechischen Staates feststellen müssen. Am 29. Juni werden die griechischen Banken geschlossen bleiben. Auch die Börse öffnet nicht und Kapitalverkehrskontrollen wurden verhängt. Gelder werden in nur ganz geringem Umfang fließen, ein Transfer ins Ausland ist nicht mehr möglich. Die Folgen für Griechenland sind enorm, da es in fast allen Belangen ein Importland ist. Insbesondere Treibstoffrechnungen werden wohl nicht mehr beglichen werden können.

Die Staatsschuldenkrise schweißte die Eurozone enger zusammen. Solidarität war immer eine nationale Angelegenheit. Alle Sicherungssysteme waren auf die nationale

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
KAI ZENNER

Juni 2015

www.kas.de/bruessel

Ebene beschränkt. Durch die Einrichtung von Rettungsschirmen, durch das Versprechen unbegrenzten Aufkaufs von Staatsanleihen durch die EZB (OMT-Programm) wurden erstmals supranationale automatisierte Solidaritätssysteme geschaffen. Die Europäische Union – eine "ever closer union!". Viele – insbesondere auch die Mehrzahl an Ökonomen – trugen diese Entwicklung mit, trotz scharfer Kritik und trotz sehr weiter Auslegung des Art. 136 III AEUV. Hätte man in den Geberländern die Bevölkerung befragt, wäre das Spiel wohl schon lange zu Ende. Die Krise barg aber die Chance, den Euro auf eine tragfähige Grundlage zu stellen und jetzt endlich Ernst zu machen mit den vertraglichen Regelungen. Vieles machte man richtig, noch schärfere Maßnahmen bei Verletzung der Maastrichtkriterien waren wohl nicht durchsetzbar. Die Entwicklung, insbesondere auch in Griechenland unter der Regierung Samaras, gab den Integrationsisten Recht und schien die finanzpolitischen Hardliner Lügen zu strafen. Alle Kennzahlen wiesen in die richtige Richtung. Es war so wie bei allen Solidaritätssystemen: Das Versprechen von Hilfe gegen das Versprechen alles zu unternehmen, um die Hilfe obsolet werden zu lassen. Diesen Konsens kündigten die griechischen Kommunisten nun auf.

Die Entwicklung war daher wohl zwangsläufig und, manche sagen, wünschenswert. Die Eurokritiker, die es schon immer wussten, dass die Euroeinführung idiotisch war, fühlen sich in ihrem Urteil bestätigt. Um diesen Kritikern entgegen zu treten, um den Euro zu retten, bedarf es vielleicht gerade dieser Katastrophe, so viele Beobachter. Die Botschaft "Frech kommt weiter" darf in keinem Fall Nachahmer finden. Denn das könnte der Anfang vom Ende sein. Wenn sich niemand mehr an die Regeln hält, ist die Währung und möglicherweise das europäische Projekt am Ende. Und diesen Schaden gilt es nun in jedem Fall abzuwenden. Der Kommunist Tsipras hatte im Januar ein "Neues Zeitalter" versprochen, ein "Ende der Erniedrigungen". Jetzt wird es wohl ganz bitter, jetzt werden die Griechen wohl wirklich ganz unten sein. Herr Tsipras sollte also Recht behalten: Ein neues Zeitalter hat scheinbar begonnen.